

LBC-Ergebnisse vom „chief economist“ der Handelskammer interpretiert

„Für das produzierende Gewerbe wird der Standort Luxemburg uninteressant“

Für rund 70 Prozent der Unternehmer hat sich die Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert, stellt Carlo Thelen fest

INTERVIEW: PIERRE LEYERS

Nach 2008 (-0,7 %) und 2009 (-5,6 %) hat sich die Wirtschaftskraft auch im Jahr 2012 negativ entwickelt (-0,2 %). Da ist es leicht nachvollziehbar, dass das erste Halbjahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr recht gut aussieht. Die Eurozone hat die Rezession hinter sich gelassen, davon profitiert natürlich eine offene, exportorientierte Volkswirtschaft wie die Luxemburgs.

„Vielleicht werden wir Ende 2013 das Vorkrisen-BIP von Ende 2007 erreicht haben“, sagt Carlo Thelen, Chefvolkswirt der „Chambre de commerce“. Er sieht darin einen „sehr schwachen Trost“ nach einer jahrzehntelang anhaltenden dynamischen Wachstumsphase mit nur wenigen Ausnahmen. „Wir mögen den Tiefpunkt hinter uns gelassen haben, aber wir sind keinesfalls wieder so robust aufgestellt, als dass man sagen könnte, Luxemburg habe die Krise überwunden. Das potentielle Wachstum hat sich halbiert und der weltweite Konjunkturmangel weist immer noch viele graue Wolken und Unsicherheiten auf“, meint Carlo Thelen, der die Ergebnisse der Herbstumfrage 2013 des „Luxembourg Business Compass“ hier kommentiert.

■ Der Anteil der Unternehmer, die dem Standort Luxemburg eine gute Wettbewerbsfähigkeit bescheinigen, sinkt weiter. Ist Produzieren in Luxemburg überhaupt noch attraktiv?

Für rund 70 Prozent der Unternehmer hat sich die Wettbewerbsfähigkeit in den letzten zwei Jahren verschlechtert. Und das ist der springende Punkt: Für das produzierende Gewerbe wird der Standort Luxemburg zunehmend uninteressant. Je uninteressanter,

desto geringer das Wertschöpfungspotential der betroffenen Industriezweige. Die Lohnentwicklung läuft aus dem Ruder und ist nicht an die Produktivität gekoppelt. Jedoch müssen wir auch weiterhin ein produzierendes Gewerbe im Land halten, denn es gibt kein nachhaltiges Wirtschaften ohne moderne Industrie. Die Lohnentwicklung, die Erschließung neuer Kompetenzen und die Innovationskraft sind nur einige Schlagwörter.

■ Zumindest die Innovationskraft entwickelt sich positiv. Teilen Sie diese Einschätzung?

In der Tat, aber mit gewissen Nuancen! Es ist sicherlich richtig zu sagen, dass in den letzten Jahren viel passiert ist. Die Behörden, die Forschungszentren, die Universität und die Unternehmen arbeiten verstärkt zusammen, um das nationale Innovationssystem stärker, kohärenter und zielgerichteter aufzustellen. Diese Aufbruchsstimmung kommt gut bei den Unternehmern an. Allerdings leisten die Unternehmen nur dann einen signifikanten Beitrag zur Innovationskraft, wenn sie an die zukünftige Entwicklung des Standorts glauben, wenn sie die Mittel dazu haben und wenn sie rentabel arbeiten. Wo wir wieder bei der dramatisch schwindenden Wettbewerbsfähigkeit wären ...

■ Warum verschlechtert sich - laut LBC-Umfrage - das Kostenmanagement der Unternehmen?

Dies ist schwer von außen zu beurteilen. Ich denke, dass in den Unternehmen während der akuten Krisenjahre sehr viel gemacht wurde, um die Kosten in den Griff zu bekommen. Irgendwann ist das Potential soweit ausgeschöpft, dass die Kosten nur wieder anstei-



(FOTO: GERRY HUBERTY)

„Es gibt kein nachhaltiges Wirtschaften ohne moderne Industrie.“

Carlo Thelen

gen können. Die Kostenstruktur in Luxemburg als Dienstleistungsstandort ist durch das Gewicht der Personalkosten stark beeinflusst. Wenn in fünf Jahren gar kein Wachstum zustande kommt, die Lohnmasse indexierungsbedingt aber um 15 Prozent steigt, ist dies natürlich eine akute Problemstellung. Eine komplette Desindexierung der Wirtschaft wäre die beste Lösung.

■ Die Unternehmen erwarten steigende Umsätze und Investitionen - ohne positiven Effekt auf die Beschäftigtenzahlen. Ist das nicht ein Widerspruch? Sind steigende Umsätze, Gewinne und Investitionen

auf Dauer ohne Zuwachs bei den Beschäftigtenzahlen möglich?

Nun ja, Umsätze sind ja nominale Werte. Folglich ist es nicht sicher, wie viel inflationsbereinigt am Ende des Tages übrig bleibt. Auch will ich daran erinnern, dass während der akuten Krisenjahre 2008 und 2009 in den Unternehmen „Labour Hoarding“ im großen Maße stattfand: Aufgrund der Schwierigkeiten - obschon die Arbeitslosigkeit nunmehr bei sieben Prozent steht -, schnell qualifiziertes Personal zu finden, und aufgrund ihrer sozialen Verantwortung, haben sehr viele Unternehmen eben nicht massiv Mitarbeiter entlassen. Das „Ventil“ war ein extrem starker Rückgang der Arbeitsproduktivität: Pro geleistete Arbeitsstunde war die reale Produktion an Gütern und Dienstleistungen Ende 2012 immer rund elf Prozent geringer als Ende 2007. Ehe die Unternehmen also neue Mitarbeiter einstellen, werden sie erst einmal diese Schiefelage korri-

gieren und signifikante Produktivitätsgewinne erreichen müssen.

■ Die Unternehmer sind der Meinung, die wichtigste Aufgabe für die neue Regierung sei die Verringerung der öffentlichen Ausgaben. Überrascht Sie das? Wäre nicht zum Beispiel der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wichtiger?

Ohne nachhaltige Staatsfinanzen gibt es kein nachhaltiges Wirtschaften. Schulden von heute sind Steuererhöhungen von morgen. In einer weltweiten Schuldenkrise schauen Investoren und Unternehmer immer mehr auf gesundes Haushalten. Wir müssen das strukturelle Defizit beim Zentralstaat in den Griff bekommen, sowie die sozialen Sicherungssysteme langfristig festigen. Das geht in erster Linie über Effizienz bei den Ausgaben. An der Steuerschraube wurde seit 2010 schon heftig gedreht. Jede weitere Erhöhung oder die Einführung neuer Steuern (Vermögenssteuer, ...) würden unsere Wirtschaft weiter lähmen. Natürlich müssen wir gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen. Jedoch schaffen die Unternehmen die benötigten Arbeitsplätze und nicht der staatliche Beschäftigungsfonds. Rund 800 Millionen Euro werden wohl dieses Jahr von diesem Fonds und für die RMG-Mittel aufgebracht. Mit sehr bescheidenem Erfolg... Es ist die Arbeit, die unterstützt werden sollte, und nicht die Erwerbslosigkeit. Der Staat kann auch einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten, indem endlich die Flexibilisierung der Arbeitszeiten angegangen wird und unser starres Arbeitsrecht flexibilisiert wird: Ein modernes Arbeitsrecht muss auch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ermöglichen anstatt exklusiv auf den vermeintlichen Schutz der bestehenden Jobs zu setzen.